

BLICKPUNKT PLENUM

12. bis 14. Juli 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Rote Laterne bei der Kinderbetreuung

Frühkindliche Bildung hat für die schwarz-grüne Landesregierung offenkundig keine Priorität. Das zeigt der Ländervergleich „Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann-Stiftung: Hessen fällt bei der frühkindlichen Bildung immer weiter zurück. Es gibt keine hinreichenden Verbesserungen beim Personal, und Hessen geht die Schritte anderer Bundesländer in Richtung Gebührenfreiheit nicht mit. Die Grünen haben wider besseres Wissen und trotz früherer Kritik das umstrittene Kinderförderungsgesetz (KiföG) unangetastet gelassen. Jetzt ist eine Verschlechterung des Personalschlüssels belegt, und laut Studie fehlen 7600 Erzieher/innen in Hessen.

Hessen investiert zu wenig eigenes Geld in die frühkindliche Bildung. Das Land lässt die Kommunen mit der Kinderbetreuung weiter alleine und beteiligt sich lediglich mit mageren 8 Prozent an der Finanzierung der Betriebskosten. Das ist zu wenig, insbesondere für die finanzschwächeren Kommunen. Dabei wissen wir alle, wie bedeutend die frühen Bildungsjahre für die Zukunft der Kinder sind. Versäumnisse in den ersten Lebensjahren lassen sich später nur schwer aufholen.

Die SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass Hessen mehr in Kindertagesstätten und Krippen investiert, denn jedes Kind hat Anspruch auf Bildung und Förderung. Die Eltern haben Anspruch darauf, dass ihr Kind gut betreut wird. Das Personal in den Kitas hat Anspruch auf gute Arbeitsbedingungen. Das alles ist nicht zum Schnäppchenpreis zu haben, hier muss mehr Geld eingesetzt werden!

Vermögenssteuer

Die ungleiche Verteilung von Vermögen und Reichtum in Deutschland löst immer wieder Diskussionen über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer aus. Die SPD-Landtagsfraktion hatte im Juni zu einer prominent besetzten Anhörung eingeladen, um zu klären, ob und ggf. wie die Vermögenssteuer verfassungsgemäß, zweckmäßig und rentabel ausgestaltet werden könnte. Aus unserer Sicht ließe sich so eine gerechtere Lastenverteilung erreichen.

Die Vermögenssteuer steht vollständig den Ländern zu und ist deshalb eine Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu erhalten und damit sozialpolitische Zeichen zu setzen. Aus Sicht der SPD dürfen nur wirklich große Vermögen besteuert werden: Beispielsweise darf das selbst genutzte Eigenheim hier nicht betroffen sein!

ÖPNV durch Landesmittel sichern!

Dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hessen steht weniger Geld zu Verfügung, als der grüne Verkehrsminister im Jahr 2014 in der Opposition noch für notwendig gehalten hat! Trotzdem macht die Landesregierung weiterhin keine Anstalten, die Finanzierung des ÖPNV durch eigene Landesmittel zu sichern. Hessen reicht bisher lediglich die Bundesmittel an die Verkehrsverbünde weiter und weigert sich bis heute, diese Gelder aufzustocken! Die SPD fordert seit Jahren mehr Mittel für den ÖPNV, um so z.B. auch den NVV besser unterstützen zu können. Gerade mit Blick auf den ländlichen Raum darf die Infrastruktur nicht weiter einbrechen, sondern muss den Menschen die notwendige Mobilität gewährleisten. Hierfür ist eine bessere Finanzausstattung dringend notwendig.

Investitionsstau - Schwarz-Grün verspielt Hessens Zukunft

Die Investitionsausgaben in Hessen wurden trotz enormer Steuermehreinnahmen in den letzten Jahren dramatisch zurückgefahren! Wir halten dies für eine gefährliche Entwicklung, denn angemessene Investitionen des Landes sind notwendig, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu gestalten und so Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Insbesondere im Wohnungsbau, beim Straßenbau, im öffentlichen Personennahverkehr und bei den kommunalen Investitionen besteht erheblicher Handlungsbedarf. Hessen hat im Vergleich der Bundesländer die drittschlechteste Investitionsquote. Die Investitionsquote des Landes hat damit einen historischen Tiefpunkt erreicht. Aktuell sind die kommunalen Investitionen auf dem Stand Mitte der 1990iger Jahre. Die Folgen sind überall sichtbar: marode Landes- und Kommunalstraßen, kaputte Brücken, Wohnungsmangel, unzureichende Breitbandversorgung insbesondere im ländlichen Raum. Auch im Bereich der Dorf- und Regionalentwicklung können derzeit nur 50% der angemeldeten Maßnahmen umgesetzt werden, da zu wenig Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Der Verfall von öffentlichen Einrichtungen, insbesondere bei finanzschwachen Kommunen, nimmt so seinen Lauf.

Hessen lebt nur noch von der Substanz. In ihrer Haushaltsbilanz hat die Landesregierung selbst festgestellt, dass der Wertverfall der Landesstraßen 170 Millionen Euro jährlich beträgt. Gleichzeitig werden jährlich aber nur 90 Millionen Euro investiert. Auch im Wohnungsbereich sind die Fehler der Vergangenheit und Gegenwart nicht mehr zu übersehen: 67.000 fehlende Wohnungen zeigen das Ausmaß der Versäumnisse.

Jetzt ist hartes Umsteuern erforderlich. Wir verlangen nichts Unmögliches, sondern Selbstverständliches: Unser Land darf nicht länger auf Verschleiß gefahren werden. Wir wollen, dass die notwendigen Zukunftsinvestitionen getätigt werden und dass auch in Hessen mindestens die durchschnittlichen Investitionsquoten der Flächenländer bereitstehen. Mehr als Durchschnitt verlangen wir von Schwarz-Grün schon lange nicht mehr. Selbst das wäre schon ein Fortschritt.

SPD-Antrag abgelehnt: Schwarz-grüne Besoldungswillkür geht weiter

Die Weigerung der Landesregierung, die Tarifergebnisse für die Beamten zu übernehmen, führt zu einer Zweiklassengesellschaft zwischen Beamtenschaft und Tarifbeschäftigten. Nach der Nullrunde im Jahr 2015 stellt der vorgelegte Gesetzentwurf mit einem Prozent eine Verhöhnung und Beleidigung für die Beamtinnen und Beamten in Hessen dar.

Auch mit dem nun vorgelegten Änderungsantrag bleibt das Besoldungsdiktat und das Besoldungswirrwarr von CDU und Grünen im Grundsatz erhalten: Die mittleren Besoldungsgruppen erhalten etwas mehr als die 1%-ige Erhöhung und liegen damit noch immer deutlich unter der Tarifierhöhung von insgesamt 4,4 Prozent (2% für 2015 + 2,4% für 2016). Ganze Beamtengruppen, wie z.B. die Lehrer und Polizisten, werden mit einer 1%-igen Besoldungserhöhung abgespeist. Damit bleibt Hessen das einzige Bundesland, das seine Beamtinnen und Beamten nicht angemessen besoldet und ihnen mit 42 Stunden gleichzeitig die längste Wochenarbeitszeit zumutet. Die Personalgewinnung wird zunehmend schwieriger und die Abwanderung in attraktivere Bundesländer nimmt zu.

Wir setzen uns auch weiterhin für eine angemessene Beamtenbesoldung in Hessen ein und fordern deshalb die Übertragung der Tarifergebnisse auch für die hessischen Beamtinnen und Beamte. Mit einem entsprechenden Antrag konnten wir uns aber nicht gegen Schwarz-Grün durchsetzen.

Wir wünschen allen eine schöne Sommerzeit!

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde